

**für den Regierungsbezirk Düsseldorf**

194. Jahrgang

Ausgegeben in Düsseldorf, am 9. Februar 2012

Nummer 5

**B. Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen  
der Bezirksregierung****Allgemeine Innere Verwaltung**

- 80 Anerkennung einer Stiftung („Euroweb Stiftung“). S. 61
- 81 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung der Städte Wuppertal, Remscheid und Solingen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens. S. 61
- 82 Beitritt der Stadt Wegberg zum Zweckverband und Satzungsänderung der euregio rhein-mass-nord. S. 65
- 83 Genehmigung eines Dienstsiegels für den Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr. S. 76
- 84 Erteilung einer Vermessungsgenehmigung (Dipl.-Ing. Jörg Spitthöver). S. 76

**Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft**

- 85 Behördlicher Bekanntmachungstext im Rahmen eines immissionsrechtlichen Genehmigungsverfahrens – Antrag der Firma H. Kaus in Kleve auf Erteilung einer Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG). S. 76
- 86 Bekanntgabe nach § 3a UVPG über die Feststellung der UVP-Pflicht für ein Vorhaben der Currenta GmbH & Co. OHG – wesentliche Änderung des Kraftwerks N230 im Chempark Krefeld. S. 78

- 87 Bekanntgabe nach § 3a UVPG über die Feststellung der UVP-Pflicht für ein Vorhaben der Johnson Matthey Chemicals GmbH in Oberhausen. S. 78

**Arbeitsschutz**

- 88 Allgemeinverfügung der Bezirksregierung Düsseldorf gemäß § 35 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen – Abnahmeprüfung dentale Röntgenbuseinrichtungen. S. 79

**C. Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen  
anderer Behörden und Dienststellen**

- 89 Verlust eines Dienstausweises (Jörg Blankenstein). S. 79
- 90 Ungültigkeitserklärung eines Polizei-Dienstausweises (KHK Axel Hilgert). S. 79
- 91 Verlust eines Polizei-Dienstausweises (Timo van de Löcht). S. 79
- 92 Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises (Jost Herominczak). S. 80
- 93 Verlust eines Dienstausweises (Josefin Kraemer). S. 80

**B.  
Verordnungen,  
Verfügungen und Bekanntmachungen  
der Bezirksregierung**

**Allgemeine Innere Verwaltung**

- 80 Anerkennung einer Stiftung**  
(„Euroweb Stiftung“)

Bezirksregierung  
21.13 – St.1610

Düsseldorf, den 30. Januar 2012

Die Bezirksregierung Düsseldorf hat die

**„Euroweb Stiftung“**

mit Sitz in Düsseldorf gemäß § 80 BGB in Verbindung mit § 2 StiftG NRW anerkannt. Die Stiftung ist seit dem 26. Januar 2012 rechtsfähig.

Abl. Reg. Ddf. 2012 S. 61

**81 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung  
der Städte Wuppertal, Remscheid und Solingen  
auf dem Gebiet des Gesundheitswesens**

Bezirksregierung  
31.01.01-GkG-RS

Düsseldorf, den 27. Januar 2012

Hiermit mache gemäß § 24 Abs. 3 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.10.1979 (GV. NRW. S. 621/SGV. NRW. 202), in der zur Zeit geltenden Fassung die nachstehende öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen den Städten Wuppertal, Remscheid und Solingen vom 11.01.2012 bekannt.

**Genehmigung**

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen den Städten Wuppertal, Remscheid und Solingen vom 11.01.2012 über die Übernahme der

- Aufgabe der amtsärztlichen bzw. ärztlichen Leichenschau nach dem Gesetz über das Friedhofs- und Bestattungswesen (Bestattungsgesetz NRW) vom 17.06.2003 in Verbindung mit dem Runderlass des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen vom 25.07.2003 – III 7-0261.1
- Aufgabe der Prüfung der Todesbescheinigungen nach dem Runderlass des Ministeriums für

Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie, vom 25.07.2003

- Aufgabe der Belehrungen nach § 43 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz) vom 20.07.2000

durch die Stadt Remscheid

Aufgabe der Beratung bei gesundheitlichen Risiken nach § 9 Absatz 1 des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NRW) vom 25.11.1997 und zwar durch allgemeine Aufklärung und Beratung bei übertragbaren Krankheiten, das Hinwirken auf ausreichende Impfangebote und die Förderung des Durchimpfungsgrades

Aufgabe der Erfassung und Überwachung von Berufen des Gesundheitswesens inklusive Prüfung der nicht ärztlichen Heilberufe (Medizinalaufsicht) nach § 18 des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDB NRW) vom 25. November 1997 in Verbindung mit § 2 der Verordnung zur Durchführung des Meldeverfahrens nach § 18 des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (DVMeld-ÖGDG-NRW) vom 20. November 2007

durch die Stadt Solingen

- Aufgabe der Arzneimittelüberwachung und Sozialpharmazie nach § 20 des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NRW) vom 25. November 1997, nach dem Gesetz über das Apothekenwesen, der Apothekenbetriebsordnung, dem Arzneimittelgesetz, dem Betäubungsmittelgesetz, der Bundes-Apothekerordnung, der Gefahrenstoffverordnung gemäß dem jeweils gültigen Erlass des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit zur Durchführung der Verwaltungsaufgaben auf pharmazeutischem Gebiet, dem Heilmittelwerbegesetz, dem Gesetz über den Beruf des pharmazeutisch-technischen Assistenten und der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für pharmazeutisch-technische Assistenten und den dazu erlassenen Verordnungen
- Aufgabe der Durchführung der Zahnfluoridierung nach § 13 Abs. 2 des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NRW) vom 25. November 1997
- Aufgabe der Organisation und Durchführung der Zahnreihenuntersuchung nach § 13 des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NRW) vom 25. November 1997
- Aufgabe der Erstellung zahnärztlicher Gutachten nach § 19 Satz 1 des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NRW) vom 25. November 1997
- Aufgabe der Durchführung von individuellen anonymen HIV-Untersuchungen sowie STD-Untersuchungen (sexuell übertragbare Erkrankungen) inklusive Beratung und AIDS-Koordination nach § 15 Abs. 2 und § 23 sechster Spiegelstrich des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NRW) vom 25. November 1997

durch die Stadt Wuppertal

wird hiermit aufsichtsbehördliche genehmigt.

Rechtsgrundlage hierfür ist § 24 Abs. 2 in Verbindung mit § 29 Abs. 4 Satz 2 Ziffer 1 b) des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.10.1979 (GV. NRW. S. 621/SGV. NRW. 202), zuletzt geändert

durch Gesetz vom Mai 2009 (GV. NRW. S. 298, ber. S. 326).

Im Auftrag

Buschwa

### **Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen den Städten Remscheid; Solingen und Wuppertal zur Übernahme bestimmter Aufgaben der unteren Gesundheitsbehörden**

Zwischen

der Stadt Remscheid, vertreten durch die Oberbürgermeisterin,

der Stadt Solingen, vertreten durch den Oberbürgermeister und

der Stadt Wuppertal, vertreten durch den Oberbürgermeister

wird gemäß § 3 Absatz 2 Satz 2, Absatz 5 Satz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NW. S. 666/SGV. NRW. 2023), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.05.2011 (GV. NRW. S. 271), in Verbindung mit §§ 1 und 23 ff des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.10.1979 (GV. NRW. S. 621/SGV. NRW. 202), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12.05.2009 (GV. NRW. S. 298, 326) und § 5 Abs. 3 Satz 1, 1. Alternative des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst des Landes Nordrhein-Westfalen (ÖGDG NRW) vom 25. November 1997 (GV. NW. 1997 S.430/SGV. NRW. 2120), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Dezember 2009 (GV. NRW. S. 750, berichtigt S. 869) folgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung geschlossen:

#### **Präambel**

Die Verwaltungen der drei bergischen Großstädte Remscheid, Solingen und Wuppertal haben die Ziele, Aufgaben und Prozesse ihrer Gesundheitsämter analysiert und den jeweiligen Ressourcenverbrauch ermittelt.

Analysiert wurde, welche hierzu notwendigen Prozesse sinnvoller vor Ort und welche wirtschaftlicher gemeinsam wahr genommen werden können. Mit der Zusammenarbeit im kommunalen Gesundheitswesen ist die Erwartung verbunden sowohl die bestehenden Qualitätsstandards zu sichern als auch Aufwandsreduzierungen und damit Beiträge zur Haushaltskonsolidierung zu erzielen. Die drei bergischen Großstädte streben auf dem Gebiet der kommunalen Gesundheitsverwaltung eine vertrauensvolle und partnerschaftliche Zusammenarbeit an. Die nachfolgenden Regelungen tragen diesem Anspruch Rechnung.

#### **§ 1**

##### **Vereinbarungsgegenstand**

(1) Die jeweils in § 2 genannte Stadt verpflichtet sich ab dem 01.04.2012 die in § 2 aufgeführten Aufgaben für die jeweils anderen Städte im Rahmen einer mandatierenden Aufgabenübertragung nach § 23 Abs. 1, 2. Alternative und Absatz 2 Satz 2 GkG NRW durchzuführen.

(2) Jede Stadt führt die ihr auf Grund der Mandatierung nach § 2 zugewiesenen Aufgaben auch in den Zuständigkeitsbereichen der anderen beteilig-

ten Städte aus. Die Zuständigkeit verbleibt bei der jeweiligen Stadt.

(3) Zur Aufgabenwahrnehmung gehört auch ggf. die Sachverhaltsaufklärung in Ordnungswidrigkeitenverfahren. Die gesetzlich geregelten Zuständigkeiten bei der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten verbleiben bei den einzelnen Städten.

## § 2

### Aufgaben

#### (1)

1. Die Stadt Remscheid nimmt folgende Aufgaben auch für die Städte Solingen und Wuppertal wahr:

- a. Aufgabe der amtsärztlichen bzw. ärztlichen Leichenschau nach dem Gesetz über das Friedhofs- und Bestattungswesen (Bestattungsgesetz NRW) vom 17.06.2003 in Verbindung mit dem Runderlass des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen vom 25.07.2003 – III 7-0261.1

und

- b. Aufgabe der Prüfung der Todesbescheinigungen nach dem Runderlass des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie, vom 25.07.2003

2. Die Stadt Solingen nimmt folgende Aufgaben auch für die Städte Remscheid und Wuppertal wahr:

- a. Aufgabe der Belehrungen nach § 43 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz) vom 20.07.2000
- b. Aufgabe der Beratung bei gesundheitlichen Risiken nach § 9 Absatz 1 des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NRW) vom 25.11.1997 und zwar durch allgemeine Aufklärung und Beratung bei übertragbaren Krankheiten, das Hinwirken auf ausreichende Impfangebote und die Förderung des Durchimpfungsgrades.

und

- c. Aufgabe der Erfassung und Überwachung von Berufen des Gesundheitswesens inklusive Prüfung der nicht ärztlichen Heilberufe und Heilpraktiker (Medizinalaufsicht) nach § 18 des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NRW) vom 25. November 1997 in Verbindung mit § 2 der Verordnung zur Durchführung des Meldeverfahrens nach § 18 des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (DVMeld-ÖGDG-NRW) vom 20. November 2007.

Die Aufgaben der Medizinalaufsicht erstrecken sich insbesondere auf die Erfassung von Angehörigen der nichtärztlichen Gesundheitsberufe, Aufsicht über die Berechtigung der Ausübung von nichtärztlichen Gesundheitsberufen, Erfassung und Überwachung aller selbständigen Tätigkeiten auf dem Gebiet nichtärztlicher Gesundheitsberufe und die Wahrnehmung der Aufgaben der unteren Gesundheitsbehörde bei Prüfungen nichtärztlicher Gesundheitsberufe.

3. Die Stadt Wuppertal nimmt folgende Aufgaben auch für die Städte Remscheid und Solingen wahr:

- a. Aufgabe der Arzneimittelüberwachung und Sozialpharmazie nach § 20 des Gesetzes über

den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NRW) vom 25. November 1997, nach dem Gesetz über das Apothekenwesen, der Apothekenbetriebsordnung, dem Arzneimittelgesetz, dem Betäubungsmittelgesetz, der Bundes-Apothekerordnung, der Gefahrenstoffverordnung gemäß dem jeweils gültigen Erlass des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit zur Durchführung der Verwaltungsaufgaben auf pharmazeutischem Gebiet, dem Heilmittelwerbegegesetz, dem Gesetz über den Beruf des pharmazeutisch-technischen Assistenten und der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für pharmazeutisch-technische Assistenten und den dazu erlassenen Verordnungen

- b. Aufgabe der Durchführung der Zahnfluoridierung nach § 13 Abs. 2 des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NRW) vom 25. November 1997

- c. Aufgabe der Organisation und Durchführung der Zahnreihenuntersuchung nach § 13 des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NRW) vom 25. November 1997

- d. Aufgabe der Erstellung zahnärztlicher Gutachten nach § 19 Satz 1 des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NRW) vom 25. November 1997

und

- e. Aufgabe der Durchführung von individuellen anonymen HIV-Untersuchungen sowie STD-Untersuchungen (sexuell übertragbare Erkrankungen) inklusive Beratung und AIDS-Koordination nach § 15 Abs. 2 und § 23 sechster Spiegelstrich des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NRW) vom 25. November 1997.

Alle angeführten Gesetze verstehen sich in der jeweils gültigen Fassung. Einzelheiten zur Aufgabenwahrnehmung werden in einer Nebenabrede vereinbart.

(2) Soweit Gesetze oder Rechtsverordnungen auf den in Absatz 1 genannten Aufgaben den Kommunen neue Aufgaben übertragen, erfolgt eine konkretisierende Nebenabrede zu dieser Vereinbarung.

## § 3

### Abprachen bei wichtigen Angelegenheiten; Lenkungsgruppe

(1) In wichtigen Angelegenheiten, insbesondere

- Personal- und Organisationsentscheidungen
- Haushalts- und Finanzplanung
- Investitionsentscheidungen
- Größere fachliche Veränderungen im Bereich der übertragenen Aufgabengebiete

soll Einvernehmen der Vertragspartner erzielt werden. Zur Herstellung des Einvernehmens wird eine Lenkungsgruppe gebildet, der die für das Gesundheitswesen zuständigen Beigeordneten der Vertragsparteien sowie die Leitungen ihrer Gesundheitsämter angehören. Die Geschäftsführung der Lenkungsgruppe übernimmt die Stadt Remscheid. Die Lenkungsgruppe trifft sich wenigstens einmal im Jahr, sonst bei Bedarf.

(2) Bei Entscheidungen gemäß Absatz 1, die wesentliche finanzielle Auswirkungen haben, ist die Zustimmung der drei Stadtkämmerer einzuholen.

**§ 4****Personal**

Einvernehmliches Ziel der Vertragspartner ist es, mit der Aufgabenübertragung verbundene Personalwechsel soweit wie möglich zu vermeiden. Sollte der Wechsel von Personal erforderlich werden, ordnet die Beschäftigendienststelle das von ihr bisher für die übertragene Aufgabe eingesetzte Personal an die die Aufgabe nach § 2 Abs. 1 übernehmende Stadt ab (Rechtsgrundlage: Beamte § 24 LBG NRW, Tarifbeschäftigte § Abs. 1 TVöD). Einzelheiten regelt ein entsprechender Vertrag. Die bei den drei Vertragspartnern jeweils inhaltgleich geltende Dienstvereinbarung zur Interkommunaler Zusammenarbeit der drei Bergischen Großstädte vom 18.03.2011 ist zu beachten.

Das betriebliche und fachliche Direktionsrecht liegt bei der Stadt, bei der die jeweilige Aufgabe angesiedelt ist.

**§ 5****Aufwandsermittlung**

(1) Der übernehmenden Stadt werden für die Übernahme der Aufgaben anteilig die an die übrigen Städte anfallenden, umlagefähigen Aufwendungen erstattet. Die umlagefähigen Aufwendungen berechnen sich aus der Aufwandaufstellung in Absatz 2. Hiervon werden die Erträge abgezogen, die bei der Erledigung der übertragenen Aufgaben entstehen.

(2) Zur den Aufwendungen gehören insbesondere:

- Der notwendige Ist-Personalaufwand für die Durchführung der übertragenen Aufgaben einschließlich des Aufwands für die jährliche Zuführung zu Pensionsrückstellungen. Grundlage für die Anrechnung der Personalaufwendungen sind die für die übertragenen Aufgaben zur Verfügung gestellten Stellenanteile.
- Ein Gemeinkostenzuschlag von 10 % auf die nach dem ersten Spiegelstrich ermittelten Bruttopersonalaufwand.
- Sachkosten für jeden Büroarbeitsplatz, der übertragene Aufgaben wahrnimmt, einschließlich IT gemäß aktueller KGSt-Pauschale (derzeit 9.700 Euro)
- Honorare für externe Vergaben.

(3) Einzelheiten zur Aufwandsermittlung ergeben sich aus einer Nebenabrede zu dieser öffentlich-rechtlichen Vereinbarung.

**§ 6****Aufwandsverteilung**

Die nach § 5 ermittelten Aufwendungen werden für die Jahre 2012 bis 2017 wie folgt aufgeteilt:

Jahre	Stadt Remscheid	Stadt Solingen	Stadt Wuppertal
2012, 2013, 2014	20,3 %	36,2 %	43,5 %
2015, 2016, 2017	19,1 %	31,0 %	49,9 %

Ab dem Jahr 2018 werden die nach § 5 ermittelten Aufwendungen auf der Grundlage der Einwohnerzahlen der drei Städte, die die Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) zum 30.06. des Abrechnungsjahres ermittelt, auf die drei Städte verteilt. Abrechnungsjahr ist das Kalenderjahr.

**§ 7****Haushaltsplanung, Jahresabrechnung, Abschlagszahlungen, Prüfung**

(1) Die Haushaltsansätze der jeweils übertragenen Aufgaben werden von der jeweils zuständigen Stadt geplant und abgerechnet. Die Haushaltsansätze werden auf Basis der letzten Jahresabrechnung gebildet.

(2) Für die Durchführung der Jahresabrechnung der übertragenen Aufgaben insgesamt ist die Stadt Remscheid zuständig.

(3) Die Jahresabrechnung wird von der Stadt Remscheid bis zum 30.06. des Folgejahres erstellt und den Städten Wuppertal und Solingen übermittelt. Die hierzu notwendigen Daten stellen die Städte Wuppertal und Solingen der Stadt Remscheid bis zum 30.04. des Folgejahres zur Verfügung. Die Jahresabrechnung gilt als anerkannt, wenn ihr nicht innerhalb von einem Monat nach Zugang widersprochen wird. Unabhängig von einem Widerspruch sind Rück- und Nachzahlungsbeträge innerhalb eines Monats nach Zugang der Jahresabrechnung fällig.

(4) Abschlagszahlungen werden nicht geleistet.

(5) Die Jahresabrechnungen können durch die Rechnungsprüfungsämter der beteiligten Städte geprüft werden. Die hierfür entstehenden Aufwendungen werden gegenseitig nicht in Rechnung gestellt. Die Prüfung der Jahresrechnung durch ein Rechnungsprüfungsamt ist nicht Voraussetzung für ihre Verbindlichkeit. Prüfungsberichte werden unter den drei Städten ausgetauscht.

**§ 8****Nebenabreden, Schriftformerfordernis**

Änderungen und Ergänzungen dieser öffentlich-rechtlichen Vereinbarung sowie Nebenabreden oder deren Änderungen oder Ergänzungen bedürfen der Schriftform.

**§ 9****Datenschutz**

Im Rahmen der Aufgabenübertragung verarbeiten die unteren Gesundheitsbehörden personenbezogene Daten nur, soweit sie für die Aufgabenerfüllung erforderlich sind. Gegebenenfalls erforderliche detaillierte Regelungen sind in Abstimmung mit den Datenschutzbeauftragten der Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal zu treffen.

**§ 10****Salvatorische Klausel**

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam oder undurchführbar sein oder werden oder sollte ein Regelungslücke vorhanden sein, so wird dadurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die Städte verhandeln in einem solchen Fall unverzüglich eine Regelung, die der unwirksamen Bestimmung am nächsten kommt bzw. die Regelungslücke schließt.

**§ 11****Vertragsbeginn, Kündigung**

(1) Diese Vereinbarung wird am Tage nach der Veröffentlichung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Düsseldorf wirksam. Die Beteiligten weisen in ihren Bekanntmachungsorganen auf diese Veröffentlichung hin. Die Aufgabenwahrnehmung erfolgt unmittelbar nach Umsetzung der jeweiligen organisatorischen, personalwirtschaftlichen und finanzwirtschaftlichen Anforderungen.



## Präambel

- Der Kreis Kleve
- die Stadt Krefeld
- die Kamer van Koophandel Limburg
- die Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederrhein
- die Stadt Mönchengladbach
- der Rhein-Kreis Neuss
- die Stadt Wassenberg
- die Stadt Wegberg
- die Niederrheinische Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel-Kleve zu Duisburg
- die zur Region Noord- en Midden-Limburg gehörenden Gemeenten Venlo, Venray, Weert, Roermond, Roerdalen, Peel en Maas, Maasgouw, Leudal, Echt-Susteren, Gennep, Beesel, Bergen, Horst aan de Maas,
- der Kreis Viersen
- die kreisangehörigen grenzanliegenden Städte Geldern, Nettetal, Straelen und Weeze
- die kreisangehörigen grenzanliegenden Gemeinden Brüggen und Niederkrüchten

die bisher in der euregio rhein-maas-nord in der Form einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen waren, wollen auch weiterhin die Möglichkeit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf regionaler und örtlicher Ebene gemäß dem Abkommen zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen, dem Land Niedersachsen, der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften und anderen öffentlichen Stellen vom 23.5.1991 (GV. NW. S. 530/SGV. NW. 101) – nachfolgend „Abkommen“ genannt fördern und verwirklichen. Insbesondere wollen sie alle Maßnahmen zur Festigung und Entwicklung der nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Gebieten auf beiden Seiten der Grenze abstimmen sowie geeignete Vereinbarungen zur Lösung der in diesem Bereich auftretenden Probleme treffen.

Die o.g. Kommunen und Körperschaften beschließen daher im Bewusstsein der aus der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit erwachsenen Vorteile und unter Berücksichtigung des Abkommens folgende Satzung (die Funktionsbezeichnungen in dieser Satzung werden in männlicher und weiblicher Form geführt):

### § 1 Rechtsform

1. Die euregio rhein-maas-nord ist ein Zweckverband mit Sitz in Mönchengladbach. Er kann hauptamtliche Angestellte einstellen.
2. Gemäß Art. 3 Abs. 3 des in der Präambel genannten Abkommens gilt für den Zweckverband deutsches Recht, insbesondere das Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit des Landes Nordrhein Westfalen (GV. NW. S. 621/SGV. NW. 202).

### § 2 Verbandsgebiet

Das Verbandsgebiet umfasst das Gebiet der in der Präambel genannten Körperschaften. Der Kreis Kleve gehört mit den kreisangehörigen Städten /

## Preambule

- De Kreis Kleve;
- de gemeente Krefeld;
- de Kamer van Koophandel Limburg;
- de Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederrhein;
- de gemeente Mönchengladbach;
- de Rhein-Kreis Neuss
- de gemeente Wassenberg
- de gemeente Wegberg
- de Niederrheinische Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel-Kleve in Duisburg;
- de tot de regio Noord- en Midden-Limburg behorende gerneenten Venlo, Venray, Weert, Roermond, Roerdalen, Peel en Maas, Maasgouw, Leudal, Echt-Susteren, Gennep, Beesel, Bergen en Horst aan de Maas,
- de Kreis Viersen;
- de aan de grens gelegen tot de Kreis behorende gemeenten Geldern, Nettetal, Straelen en Weeze; en
- de aan de grens gelegen tot de Kreis behorende gemeenten Brüggen en Niederkrüchten

die tot op heilen in de vorm van een samenwerkingsverband in de euregio rijnmaas-noord waren verenigd, zijn voornemens ook in de toekomst de mogelijkheid van de grensoverschrijdende samenwerking op regionaal en lokaal niveau te stimuleren en te verwezenlijken overeenkomstig het verdrag tussen de deelstaat Noordrijn-Westfalen, de deelstaat Nedersaksen, de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden van 23 mei 1991 betreffende grensoverschrijdende samenwerking tussen territoriale lichamen en andere openbare instellingen (GV. NW. p. 530/SGV. NW. 101), hierna te noemen: „Verdrag“. In het bijzonder zijn partijen voornemens alle maatregelen ter versteviging en ontwikkeling van de betrekkingen tussen buurgebieden aan weerszijden van de grens onderling af te stemmen alsmede werkbare afspraken te maken teneinde de dienaangaande optredende problemen op te lossen.

Gelet op de voordelen als voortvloeiend uit de grensoverschrijdende samenwerking en het Verdrag in aanmerking genomen, stellen bovengenoemde gemeenten en bestuurslichamen derhalve de volgende statuten vast (met de functieaanduidingen in onderhavige statuten worden zowel de mannelijke als vrouwelijke vorm bedoeld):

### § 1 Rechtsvorm

1. De euregio rijn-maas-noord is een in Mönchengladbach gevestigd openbaar lichaam, dat fulltime werkzame medewerkers kan aanstellen.
2. Overeenkomstig art. 3, lid 3 van het in de considerans genoemde Verdrag is op het openbaar lichaam Duits recht van toepassing, in het bijzonder de wet „Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit des Landes Nordrhein Westfalen“ (GV NW p. 621/SGV NW 202).

### § 2 Gebied van het openbaar lichaam

Het gebied van het openbaar lichaam beslaat het gebied van de in de considerans genoemde bestuurslichamen. De Kreis Kleve behoort met de geme-

Gemeinden Geldern, Issum, Kerken, Kevelaer, Rheurdt, Straelen, Wachtendonk und Weeze zum Verbandsgebiet.

### § 3 Aufgaben und Befugnisse

1. Der Zweckverband hat die Aufgabe, die regionale grenzübergreifende Zusammenarbeit seiner Mitglieder zu fördern, zu unterstützen und zu koordinieren.
2. Der Zweckverband soll Aktivitäten entwickeln, Programme sowie Projekte erarbeiten und durchführen sowie finanzielle Mittel beantragen, entgegennehmen und darüber verfügen.
3. Der Zweckverband ist für seine Mitglieder im Verbandsgebiet tätig mit dem Ziel, ihre Gesamtinteressen gegenüber internationalen, nationalen und anderen Institutionen wahrzunehmen.
4. Der Zweckverband fördert die Abstimmung und Koordinierung zwischen öffentlich-rechtlichen Instanzen, Behörden und gesellschaftlichen Gruppierungen in allen Teilen des Verbandsgebietes.
5. Der Zweckverband berät Mitglieder, Bürger, Unternehmen, Verbände, Behörden und andere Institutionen in grenzübergreifenden Fragen.
6. Die grenzübergreifende Zusammenarbeit findet im Sinne der Absätze 1 bis 5 insbesondere in folgenden Bereichen statt:
  - a. Wirtschaftliche Entwicklung,
  - b. Ausbildung und Unterricht,
  - c. Arbeitsmarkt,
  - d. Verkehr und Transport,
  - e. Technologie und Innovation,
  - f. Raumordnung,
  - g. Kultur und Sport,
  - h. Tourismus und Erholung,
  - i. Umweltschutz und Abfallwirtschaft,
  - j. Naturschutz und Landschaftspflege,
  - k. Soziale Angelegenheiten,
  - l. Gesundheitswesen,
  - m. Katastrophenschutz,
  - n. Kommunikation,
  - o. Öffentliche Sicherheit und Ordnung.

Priorität haben die Aktivitäten, die einen erkennbaren Nutzen und Mehrwert für die Bürger haben und die Menschen im Verbandsgebiet zusammenbringen.

### § 4 Mitgliedschaft

1. Gründungsmitglieder sind die deutschen und niederländischen Städte und Gemeinden, Gemeindeverbände und weiteren öffentlich-rechtlichen Körperschaften, die diese Satzung unterschrieben haben.
2. Weitere Städte und Gemeinden, Gemeindeverbände und öffentlich-rechtliche Körperschaften, die sich dem Zweck der euregio rhein-maas-nord verbunden fühlen, können auf schriftlichen Antrag durch Beschluss der Verbandsversammlung, der einer Mehrheit von 2/3

enten Geldern, Issum, Kerken, Kevelaer, Rheurdt, Straelen, Wachtendonk en Weeze tot het gebied van het openbaar lichaam.

### § 3 Taken en bevoegdheden

1. Het openbaar lichaam heeft tot taak de regionale grensoverschrijdende samenwerking tussen haar leden te stimuleren, te ondersteunen en te coördineren.
2. Het openbaar lichaam dient activiteiten te ontplooiën, programma's en projecten te ontwikkelen en uit te voeren alsmede financiële middelen aan te vragen, te ontvangen en hierover te beschikken.
3. Het openbaar lichaam vertegenwoordigt binnen het gebied de belangen van zijn leden ten opzichte van internationale, nationale en andere instellingen.
4. Het openbaar lichaam stimuleert het overleg en de coördinatie tussen publiekrechtelijke instellingen, overheidsorganen en maatschappelijke groeperingen in alle geledingen van het gebied van het openbaar lichaam.
5. Het openbaar lichaam adviseert leden, burgers, ondernemingen, verenigingen, overheidsorganen en overige instellingen in grensoverschrijdende kwesties.
6. De grensoverschrijdende samenwerking als bedoeld in lid 1 t/m 5 vindt in het bijzonder op de volgende gebieden plaats:
  - a. economische ontwikkeling;
  - b. opleiding en onderwijs;
  - c. menselijk potentieel;
  - d. verkeer en vervoer;
  - e. technologie en innovatie;
  - f. ruimtelijke ordening;
  - g. cultuur en sport;
  - h. toerisme en recreatie;
  - i. milieubescherming en afvalverwerking;
  - j. natuurbehoud en landschapsbeheer;
  - k. sociale zaken;
  - l. volksgezondheid;
  - m. rampenbestrijding;
  - n. communicatie; en
  - o. openbare orde en veiligheid.

Prioriteit hebben die activiteiten die een aantoonbaar voordeel en een aantoonbare meerwaarde voor de burgers opleveren en de mensen in het gebied van het openbaar lichaam dichterbij elkaar brengen.

### § 4 Lidmaatschap

1. Bij oprichting behoren tot de leden de Duitse en Nederlandse gemeenten, regionale publiekrechtelijke lichamen en overige publiekrechtelijke bestuurslichamen die onderhavige statuten hebben ondertekend.
2. Overige gemeenten, regionale gewesten en publiekrechtelijke bestuurslichamen die zich met de doelstelling van de euregio rijn-maas-noord verbonden voelen, kunnen op schriftelijk verzoek bij besluit van de vergadering van het openbaar lichaam als lid toetreden, waarbij een

der satzungsgemäßen Zahl der Vertreter der öffentlichen Stellen in der Verbandsversammlung bedarf, die Mitgliedschaft erwerben.

3. Die Mitglieder können mit einer Kündigungsfrist von drei Jahren aus dem Zweckverband austreten. Es bedarf dazu einer schriftlichen Erklärung gegenüber der Verbandsversammlung. Die Rechte und Pflichten aus der Mitgliedschaft enden am 31. Dezember des dritten Jahres, das auf die Erklärung folgt.
4. Ausscheidende Mitglieder haften nach ihrem Ausscheiden dem Zweckverband für die bis zu diesem Zeitpunkt entstandenen Verbindlichkeiten entsprechend ihrer Stimmenzahl in der Verbandsversammlung. Die Haftung ausgeschiedener Mitglieder für Verbindlichkeiten des Zweckverbandes aus Dauerschuldverhältnissen ist auf die bis zu dem Zeitpunkt des Ausscheidens bereits konkret entstandenen anteiligen Beträge begrenzt. Die ausscheidenden Mitglieder verzichten auf eine vermögensrechtliche Auseinandersetzung
5. Mit dem Ausscheiden des Mitgliedes enden für deren Vertreter alle Funktionen, die in einem oder mehreren Gremien des Zweckverbandes übernommen worden sind.

#### § 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Die Mitglieder sind verpflichtet, die Arbeit des Zweckverbandes zu unterstützen. Sie sind insbesondere verpflichtet, im Rahmen ihrer innerstaatlichen Befugnisse die Maßnahmen zu ergreifen, die zur Erfüllung der Aufgaben des Zweckverbandes erforderlich sind.
2. Die Mitglieder haben das Recht, die Gemeinschaftseinrichtungen, Dienstleistungen und Förderprogramme des Zweckverbandes in Anspruch zu nehmen.

#### § 6 Organe

Die Organe des Zweckverbandes sind:

1. die Verbandsversammlung,
2. der Vorstand.

#### § 7 Verbandsversammlung

1. Die Verbandsversammlung ist das höchste Organ des Zweckverbandes.
2. Die Verbandsversammlung setzt sich aus jeweils der gleichen Anzahl von deutschen und niederländischen Vertretern zusammen. Bei dem Aus- oder Beitritt von Mitgliedern werden zur Gewährleistung der Parität zwischen deutschen und niederländischen Mitgliedern die Stimmen unter den Mitgliedern neu aufgeteilt.
3. Die Zahl der von den Mitgliedsgemeinden und -kreisen in die Verbandsversammlung entsandten Vertreter richtet sich nach einem jeweils festzulegenden Schlüssel. Für die Industrie- und Handelskammern sowie die Kamern van Koophandel gelten besondere Regelungen (siehe Anlage).
4. Die Mitgliedskörperschaften wählen nach Beginn einer neuen Wahlperiode unverzüglich ihre Vertreter für die Verbandsversammlung; die Wiederwahl ist zulässig. Für jeden Vertreter bestellen die Mitgliedskörperschaften

tweederde meerderheid van de stemmen van het statutaire aantal afgevaardigden in de vergadering van het openbaar lichaam is vereist.

3. De leden zijn gerechtigd met inachtneming van een opzegtermijn van drie jaar uit het openbaar lichaam uit te treden. Hiertoe is een schriftelijke verklaring tegenover de vergadering van het openbaar lichaam vereist. De rechten en plichten uit hoofde van het lidmaatschap vervallen op 31 december van het derde jaar volgend op bedoelde verklaring.
4. Uittredende leden zijn na hun uittreding tegenover het openbaar lichaam naar rato van hun stemmental in de vergadering van het openbaar lichaam aansprakelijk voor de tot dan toe ontstane verplichtingen. De aansprakelijkheid van uitgetreden leden voor uit langetermijn-schulden van het openbaar lichaam ontstane verplichtingen is beperkt tot de concrete bedragen die tot het tijdstip van uittreding naar rato zijn ontstaan. De uittredende leden zien af van een vermogensrechtelijke vereffening.
5. Bij uittreding van een lid eindigen alle functies die zijn afgevaardigden in een of meerdere organen van het openbaar lichaam hebben aanvaard.

#### § 5 Rechten en plichten van de leden

1. De leden zijn verplicht het openbaar lichaam in haar werk te ondersteunen. Ze zijn in het bijzonder verplicht binnen het kader van hun nationale bevoegdheden die maatregelen te nemen die voor de uitoefening van de taken van het openbaar lichaam noodzakelijk zijn.
2. De leden zijn gerechtigd van de gemeenschappelijke voorzieningen, diensten en stimuleringsprogramma's van het openbaar lichaam gebruik te maken.

#### § 6 Organen

Het openbaar lichaam kent de volgende organen:

1. de vergadering van het openbaar lichaam en
2. het bestuur van het openbaar lichaam.

#### § 7 Vergadering van het openbaar lichaam

1. De vergadering van het openbaar lichaam is het hoogste orgaan van het openbaar lichaam.
2. De vergadering van het openbaar lichaam is steeds samengesteld uit een gelijk aantal Duitse en Nederlandse afgevaardigden. Bij uit- of toetreding van leden vindt met het oog op de handhaving van de pariteit tussen Duitse en Nederlandse leden een herverdeling van de stemmen onder de leden plaats.
3. Het aantal vertegenwoordigers van gemeenten en Kreise dat is afgevaardigd naar de vergadering van het openbaar lichaam is gebaseerd op een telkens vast te leggen verdeelsleutel. Op de Industrie- en Handelskammern en de Kamer van Koophandel zijn bijzondere regelingen van toepassing (zie bijlage).
4. De aangesloten bestuurslichamen kiezen na aanvang van een nieuwe zittingstermijn onverwijld afgevaardigden voor de vergadering van het openbaar lichaam; herverkiezing is toegestaan. De publiekrechtelijke lichamen benoe-

- einen Stellvertreter. Jeder Vertreter hat eine Stimme.
5. Die Vertreter in der Verbandsversammlung sind verpflichtet, die sie entsendenden Organe mündlich oder schriftlich über alle wichtigen Angelegenheiten des Zweckverbandes zu unterrichten und Fragen zu beantworten. Sie können durch das entsendende Organ für die von ihnen in der Verbandsversammlung vertretene Politik zur Verantwortung gezogen werden.
  6. Scheidet ein Vertreter aus dem Organ aus, das ihn entsendet hat, verliert er gleichzeitig seinen Sitz in der Verbandsversammlung. Wenn während einer Wahlperiode ein Sitz in der Verbandsversammlung frei wird, wählt die Mitgliedskörperschaft unverzüglich, mindestens jedoch innerhalb der nächsten zwei Monate, einen neuen Vertreter für die Verbandsversammlung.
  7. Nach Ablauf einer Wahlperiode bleibt das Mandat als Vertreter in der Verbandsversammlung solange bestehen, bis ein Nachfolger gemäß Ziffer 4. gewählt ist.
  8. Das Mandat eines Nachfolgers als Vertreter in der Verbandsversammlung bleibt nur solange bestehen, wie das Mandat – auch des Vorgängers – in der Wahlperiode gilt.
  9. Wenn ein gewählter Vertreter in der Verbandsversammlung das Vertrauen der Mitgliedskörperschaft nicht mehr besitzt, kann sein Mandat von dieser entzogen werden.
  10. An den Sitzungen der Verbandsversammlung können der Regierungspräsident Düsseldorf, der Vorsitzende des Regionalrates bei der Bezirksregierung Düsseldorf, der Kommissar der Königin für die Provinz Limburg und der Deputierte für Wirtschaftsangelegenheiten, die Handwerkskammer Düsseldorf, der Deutsche Gewerkschaftsbund (Region Düsseldorf / Mittlerer Niederrhein) sowie die Unternehmerschaft Niederrhein mit beratender Stimme teilnehmen. Sie können sich vertreten lassen. Der Präsident kann im Einzelfall weitere beratende Mitglieder einladen.
  11. Die Verbandsversammlung wählt aus der Mitte ihrer stimmberechtigten Mitglieder jeweils für die Dauer von 4 Jahren das Präsidium. Es besteht aus dem Präsidenten (Vorsitzender der Verbandsversammlung) und dessen Stellvertreter (stellvertretender Vorsitzender der Verbandsversammlung), von denen jeweils einer Deutscher und einer Niederländer ist. Nach Ablauf von 2 Jahren lösen sie sich gegenseitig in ihrem Amt ab.
  12. Die Verbandsversammlung ist für alle Angelegenheiten des Zweckverbandes zuständig, soweit die Satzung nichts anderes bestimmt. Sie ist insbesondere zuständig für
    - a. die politische Planung und Zielsetzung,
    - b. die Rechnungslegung und Entlastung des Vorstands,
    - c. Satzungsänderungen,
    - d. die Aufnahme von Mitgliedern,
- men voor elke afgevaardigde een plaatsvervanger. Elke afgevaardigde heeft één stem.
5. De afgevaardigden in de vergadering van het openbaar lichaam dienen de organen die hen hebben gedelegeerd, mondeling of schriftelijk te informeren over alle belangrijke kwesties van het openbaar lichaam en vragen te beantwoorden. Zij kunnen door de organen die hen hebben gedelegeerd, ter verantwoording worden geroepen voor het door hen in de vergadering van het openbaar lichaam voorgestane beleid.
  6. Bij uittreding van een afgevaardigde uit het orgaan dat hem heeft gedelegeerd, verliest hij tevens zijn zetel in de vergadering van het openbaar lichaam. Indien gedurende een zittingstermijn een zetel in de vergadering van het openbaar lichaam vacant wordt, kiest het aangesloten bestuurslichaam onverwijld, evenwel uiterlijk binnen de eerstvolgende twee maanden, een nieuwe afgevaardigde voor de vergadering van het openbaar lichaam.
  7. Na ommekomst van een zittingstermijn behoudt een afgevaardigde zijn zetel in de vergadering van het openbaar lichaam, totdat overeenkomstig het bepaalde in lid 4 een opvolger is gekozen.
  8. De opvolger van een afgevaardigde behoudt zijn zetel in de vergadering van het openbaar lichaam slechts voor de duur van het mandaat – met inbegrip van dat van zijn voorganger – gedurende de zittingstermijn.
  9. Indien een gekozen afgevaardigde in de vergadering van het openbaar lichaam niet langer het vertrouwen van het aangesloten bestuurslichaam geniet, is laatstgenoemde gerechtigd zijn mandaat in te trekken.
  10. De Regierungspräsident Düsseldorf, de voorzitter van de Regionalrat bij de Bezirksregierung Düsseldorf, de Commissaris der Königin en de gedeputeerde voor Economische Zaken van de provincie Limburg, de Handwerkskammer Düsseldorf, de Deutsche Gewerkschaftsbund (Region Düsseldorf / Mittlerer Niederrhein) alsmede de Unternehmerschaft Niederrhein zijn gerechtigd met adviserende stem aan de zittingen van de vergadering van het openbaar lichaam deel te nemen. Ze zijn gerechtigd zich te laten vertegenwoordigen. De president is bevoegd in individuele gevallen meer adviserende leden uit te nodigen.
  11. De vergadering van het openbaar lichaam kiest uit het midden van haar stemgerechtigde Jeden telkens voor de duur van vier jaar het presidium, bestaande uit de president (voorzitter van de vergadering van het openbaar lichaam) en diens plaatsvervanger (plaatsvervangend voorzitter van de vergadering van het openbaar lichaam), van wie er steeds één Duitser en één Nederlander is. Na ommekomst van twee jaar wisselen zij elkaar in hun functie af.
  12. Behoudens andersluidende bepalingen in de Statuten is de vergadering van het openbaar lichaam voor alle aangelegenheden van het openbaar lichaam bevoegd. Tot de verantwoordelijkheden van de vergadering van het openbaar lichaam behoren met name:
    - a. de beleidsplannen en -doelen;
    - b. de financiële verslaglegging door het bestuur en de verlening van decharge aan het bestuur;
    - c. statutenwijzigingen;

- e. die Beitragsumlage,
  - f. die Einstellung eines hauptamtlichen Geschäftsführers für die Dauer von 6 Jahren und die Benennung eines Stellvertreters. Ein niederländischer Geschäftsführer hat einen deutschen Stellvertreter, ein deutscher Geschäftsführer einen niederländischen Stellvertreter; Wiederwahlen sind zulässig.
  - g. die Einrichtung und Verfahrensweise von Ausschüssen und Arbeitsgruppen,
  - h. die Bestimmung der Vorsitzenden der drei festen Ausschüsse und ihrer Stellvertreter (§ 9 Ziffer 1.),
  - i. die Wahl der Vorsitzenden und deren Stellvertreter der bei Bedarf ggf. gebildeten weiteren Ausschüsse (§ 12 Ziffer 1.),
  - j. die Bestellung eines für das Finanzwesen zuständigen Bediensteten,
  - k. den Haushalt, den Stellenplan, über- und außerplanmäßige Ausgaben, Verpflichtungsermächtigungen sowie das Investitionsprogramm,
  - l. die Geschäftsordnung,
  - m. die Auflösung des Zweckverbandes gemäß § 17
- und bestätigt die Benennung der Ausschussmitglieder (§ 12 Ziffer 6.).

#### § 8 Sitzungsverfahren der Verbandsversammlung

1. Die Verbandsversammlung tagt mindestens zweimal im Jahr.
2. Der Präsident lädt mit einer Frist von zwei Wochen unter Beifügung einer Tagesordnung zur Sitzung der Verbandsversammlung ein. Zu der konstituierenden Sitzung der Verbandsversammlung lädt der Präsident der Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft euregio rijnmaas-nord ein. Ein Fünftel der Mitglieder der Verbandsversammlung oder die Mehrheit des Vorstandes sowie der Präsident können jederzeit eine außerordentliche Sitzung unter Benennung der Beratungsgegenstände verlangen. Die Ladungsfrist kann auf Verlangen eines Fünftels der Mitglieder der Verbandsversammlung unter Benennung der Tagesordnungspunkte für eine außerordentliche Sitzung verkürzt werden.
3. Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Vertreter anwesend ist. Sie gilt als beschlussfähig, solange die Beschlussunfähigkeit nicht festgestellt worden ist.
4. Wenn die Beschlussunfähigkeit festgestellt ist, so ist unverzüglich eine neue Sitzung der Verbandsversammlung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Anzahl von anwesenden stimmberechtigten Vertretern beschlussfähig ist. Hierauf ist bei der Einladung ausdrücklich hinzuweisen. Zwischen dem Termin der ersten Sitzung und dem Termin der zweiten Sitzung muss eine Frist von mindestens zwei Wochen liegen.
5. Beschlüsse werden mit der einfachen Mehrheit

- d. de toelating van leden;
  - e. het financieel reglement;
  - f. de benoeming van een full-time directeur voor de duur van zes jaar en de benoeming van een plaatsvervanger, zodanig dat een Nederlandse directeur een Duitse plaatsvervanger en een Duitse directeur een Nederlandse plaatsvervanger heeft; herverkiezing is toegestaan;
  - g. de instelling van commissies en werkgroepen en de vaststelling van hun werkwijze;
  - h. de benoeming van de voorzitters van de drie vaste commissies (§9, lid 1) en hun plaatsvervangers;
  - i. de verkiezing van de voorzitters en hun plaatsvervangers van de eventueel aanvullend gevormde commissies (§12, lid 1);
  - j. de aanstelling van een voor financieel verantwoordelijke medewerker;
  - k. de begroting, de formatieplaatsen, begrotingsoverschrijdingen en onvoorziene uitgaven, volmachten tot het aangaan van financiële verplichtingen alsmede het investeringsprogramma;
  - l. het reglement; en
  - m. de ontbinding van het openbaar lichaam overeenkomstig het bepaalde in §17;
- en bevestigt de benoeming van de commissieleden (§12, Lid 6).

#### § 8 Werkwijze van de vergadering van het openbaar lichaam

1. De vergadering van het openbaar lichaam komt ten minste tweemaal per jaar bijeen.
2. Convocatie van de vergadering van het openbaar lichaam geschiedt door de president met inachtneming van een termijn van twee weken met bijvoeging van een agenda. De convocatie voor de constituerende vergadering van het openbaar lichaam geschiedt door de president van de ledenvergadering van het samenwerkingsverband euregio rijnmaas-noord. Eén vijfde van de leden van de vergadering van het openbaar lichaam of de meerderheid van het bestuur alsmede de president zijn te allen tijde gerechtigd met vermelding van de punten van beraadslaging een buitengewone zitting te verlangen. Een verkorting van de convocatietermijn is mogelijk op verzoek van één vijfde van de leden van de vergadering van het openbaar lichaam, met vermelding van de agendapunten voor een buitengewone zitting.
3. De vergadering van het openbaar lichaam is beslissingsbevoegd, indien meer dan de helft van de stemgerechtigde afgevaardigden aanwezig is. Ze wordt geacht beslissingsbevoegd te zijn, zolang niet is vastgesteld dat het vereiste quorum niet aanwezig is.
4. Indien is vastgesteld dat het vereiste quorum niet aanwezig is, dient onverwijld een nieuwe zitting van de vergadering van het openbaar lichaam bijeengeroepen te worden, welke alsdan ongeacht het aantal aanwezige stemgerechtigde afgevaardigden beslissingsbevoegd is. Hierop dient bij de convocatie uitdrukkelijk gewezen te worden. Tussen de datum van de eerste zitting en de datum van de tweede zitting dient een periode van ten minste twee weken te liggen.
5. Besluiten worden genomen bij gewone meerder-

der Stimmen der erschienenen Mitglieder der Versammling gefasst. Unbeschadet des Art. 8 Abs. 1 des in der Präambel genannten Abkommens bedürfen Satzungsänderungen einer Zweidrittelmehrheit der satzungsgemäßen Zahl der Vertreter in der Versammling.

6. Falls eine Einberufung der Versammling in Angelegenheiten, die der Beschlussfassung durch die Versammling unterliegen und die keinen Aufschub dulden, nicht rechtzeitig möglich ist, entscheidet der Präsident oder dessen Stellvertreter zusammen mit einem Vertreter eines Mitglieds in der Versammling. Diese Entscheidungen sind der Versammling in ihrer nächsten Sitzung zur Genehmigung vorzulegen.
7. In Befangenheitsfragen entscheidet die Versammling.
8. Die Sitzungen der Versammling sind grundsätzlich öffentlich. Bei der Beratung von Angelegenheiten, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind, kann die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.
9. Die Versammlingssitzungen werden in deutscher Sprache protokolliert und zusätzlich in niederländischer Sprache abgefasst. Das Protokoll ist mit der Unterschrift des Präsidenten sämtlichen Mitgliedern der Versammling innerhalb von 4 Wochen zuzuleiten.
10. Der Geschäftsführer versendet die Tagesordnung, die Sitzungsunterlagen und die Sitzungsniederschriften der Versammling an alle Mitglieder und die Aufsichtsbehörden.
11. Nähere Regelungen trifft die Versammling im Rahmen der Geschäftsordnung.

## § 9 Verbandsvorstand

1. Der Verbandsvorstand besteht aus 10 Mitgliedern:
  - a. dem Vorsitzenden des Verbandsvorstandes,
  - b. dem stellvertretenden Vorsitzenden des Verbandsvorstandes und
  - c. acht weiteren Mitgliedern.

Der Vorsitzende des Verbandsvorstandes, sein Stellvertreter und die weiteren Mitglieder des Verbandsvorstandes werden von der Versammling für die Dauer von vier Jahren gewählt. Aus der Mitte der gewählten weiteren Mitglieder des Verbandsvorstandes bestimmt die Versammling die Vorsitzenden der vier festen Ausschüsse (§ 12 Ziffer 1.) und deren Stellvertreter.

Beratende Mitglieder sind die Provinz Limburg und die Bezirksregierung Düsseldorf.

2. Der Verbandsvorstand führt die Geschäfte der laufenden Verwaltung. Hierbei bedient er sich eines Geschäftsführers (§ 11).
3. Der Verbandsvorstand ist Dienstvorgesetzter des Geschäftsführers sowie aller Dienstkräfte und insbesondere zuständig für

heid van stemmen van de aanwezige leden van de vergadering van het openbaar lichaam. Onverminderd art. 8 lid 1 van het in de considerans genoemde Verdrag is voor statutenwijzigingen een tweederde meerderheid van de stemmen vereist van het statutair vereiste aantal afgevaardigden in de vergadering van het openbaar lichaam.

6. Ingeval de vergadering van het openbaar lichaam niet tijdig geconvoceerd kan worden teneinde besluiten te nemen met betrekking tot kwesties waarvoor de besluitvorming tot haar verantwoordelijkheid behoort en die geen uitstel dulden, beslist de president of diens plaatsvervanger Samen met een lid van de vergadering van het openbaar lichaam. Deze besluiten dienen tijdens de volgende vergadering aan de vergadering van het openbaar lichaam ter goedkeuring te worden voorgelegd.
7. Indien partijdigheid in het geding is, neemt de vergadering van het openbaar lichaam een besluit.
8. De zittingen van de vergadering van het openbaar lichaam zijn in beginsel openbaar. In geval van beraadslagingen over aangelegenheden die niet voor de openbaarheid bestemd zijn, kan de openbaarheid worden uitgesloten.
9. De notulen van de vergadering van het openbaar lichaam worden in de Duitse taal opgesteld en daarnaast tevens in het Nederlands vertaald. De notulen dienen, voorzien van de handtekening van de president, binnen vier weken aan alle leden van de vergadering van het openbaar lichaam toegezonden te worden.
10. De directeur stuurt de agenda, de vergaderstukken en de notulen van zittingen van de vergadering van het openbaar lichaam aan alle leden en aan de toezichthouders.
11. Nadere bepalingen legt de vergadering van het openbaar lichaam in het reglement vast.

## § 9 Bestuur van het openbaar lichaam

1. Het bestuur van het openbaar lichaam telt tien leden:
  - a. de voorzitter van het bestuur;
  - b. de plaatsvervangend voorzitter van het bestuur; en
  - c. acht overige leden.

De voorzitter van het bestuur van het openbaar lichaam, diens plaatsvervanger en de overige leden van het bestuur van het openbaar lichaam worden door de vergadering van het openbaar lichaam gekozen voor de duur van vier jaar. Uit de gekozen overige leden van het bestuur van het openbaar lichaam kiest de vergadering van het openbaar lichaam de voorzitters van de vier vaste commissies (§12, Lid 1) en hun plaatsvervangers.

Adviserende leden zijn de provincie Limburg en de Bezirksregierung Düsseldorf.

2. Het bestuur van het openbaar lichaam is verantwoordelijk voor het dagelijks bestuur en maakt hiertoe gebruik van een directeur (§11).
3. Het bestuur van het openbaar lichaam is instructiebevoegd tegenover de directeur alsmede tegenover alle medewerkers en is in het bijzonder verantwoordelijk voor:

- die Vorbereitung und Ausführung der Beschlüsse der Verbandsversammlung und
  - die Einstellung, Beförderung und Entlassung der Bediensteten mit Ausnahme des Geschäftsführers.
4. Der Vorsitzende des Verbandsvorstandes vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich.
  5. Erklärungen, durch die der Zweckverband verpflichtet werden soll, bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Sie sind von dem Vorsitzenden des Verbandsvorstandes und einem weiteren Verbandsvorstandsmitglied oder von dem Vorsitzenden des Verbandsvorstandes und dem Geschäftsführer zu unterzeichnen.
  6. Der Vorstand und einzelne Mitglieder des Vorstandes können von der Verbandsversammlung mit einer 2/3 Mehrheit abberufen werden, falls er bzw. das Vorstandsmitglied das Vertrauen der Verbandsversammlung nicht mehr besitzt.
  7. Der Vorstand ist verpflichtet, die Verbandsmitglieder unverzüglich über alle für den Zweckverband bedeutsamen Angelegenheiten und Entwicklungen zu informieren.

#### **§ 10 Sitzungsverfahren des Verbandsvorstands**

1. Beschlüsse werden mit der einfachen Mehrheit der Stimmen der erschienenen Mitglieder des Verbandsvorstands gefasst.
2. Der Verbandsvorstand ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Vertreter anwesend ist.
3. Der Verbandsvorstand tritt wenigstens viermal jährlich zusammen. Die Sitzungen finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.
4. Die Sitzungen des Verbandsvorstands werden protokolliert.
5. Nähere Regelungen trifft die Verbandsversammlung im Rahmen der Geschäftsordnung.

#### **§ 11 Geschäftsführer**

1. Die Geschäftsstelle wird von einem Geschäftsführer geleitet. Dieser unterstützt den Verbandsvorstand bei der Führung der laufenden Geschäfte im Rahmen der durch die Verbandsversammlung festgelegten Politik.
2. Der Geschäftsführer ist Vorgesetzter der Dienstkräfte.
3. Nähere Regelungen trifft die Verbandsversammlung im Rahmen der Geschäftsordnung.

#### **§ 12 Ausschüsse**

1. Die Verbandsversammlung bildet vier feste Ausschüsse:
  - Ausschuss People to People,
  - Ausschuss Government to Government,
  - Ausschuss Business to Business
  - INTERREG-Ausschuss.

- de voorbereiding en uitvoering van de besluiten van de vergadering van het openbaar lichaam; en
  - de aanstelling, de promotie en het ontslag van de medewerkers, uitgezonderd de directeur.
4. De voorzitter van het bestuur van het openbaar lichaam vertegenwoordigt het openbaar lichaam in en buiten rechte.
  5. Verklaringen waarmee namens het openbaar lichaam verplichtingen worden aangegaan, zijn slechts rechtsgeldig, voor zover deze schriftelijk geschieden. Ze dienen door de voorzitter van het bestuur van het openbaar lichaam en een ander bestuurslid van het openbaar lichaam of door de voorzitter van het bestuur van het openbaar lichaam en de directeur te worden ondertekend.
  6. Het bestuur en afzonderlijke leden van het bestuur kunnen met een 2/3 quorum van hun functie worden ontheven, indien het bestuur resp. het bestuurslid niet meer het vertrouwen van de vergadering van het openbaar lichaam geniet.
  7. Het bestuur is verglicht, de leden van de vergadering van het openbaar lichaam omgaand over alle voor het openbaar lichaam relevante aangelegenheden en ontwikkelingen te informeren.

#### **§ 10 Werkwijze van het bestuur van het openbaar lichaam**

1. Besluiten worden bij gewone meerderheid van stemmen van de aanwezige bestuursleden van het openbaar lichaam genomen.
2. Het bestuur van het openbaar lichaam is beslissingsbevoegd, indien meer dan de helft van de stemgerechtigde bestuursleden aanwezig is.
3. Het bestuur van het openbaar lichaam komt ten minste viermaal per jaar bijeen. De zittingen vinden buiten de openbaarheid plaats.
4. Van de zittingen van het bestuur van het openbaar lichaam worden notulen gemaakt.
5. Nadere bepalingen legt de vergadering van het openbaar lichaam in het reglement vast.

#### **§ 11 Directeur**

1. De leiding over het kantoor berust bij een directeur. Deze ondersteunt het bestuur van het openbaar lichaam bij de uitoefening van het dagelijks bestuur binnen het kader van het door de vergadering van het openbaar lichaam vastgestelde beleid.
2. De directeur is instructiebevoegd tegenover de medewerkers.
3. Nadere bepalingen legt de vergadering van het openbaar lichaam in het reglement vast.

#### **§ 12 Commissies**

1. De vergadering van het openbaar lichaam stelt vier vaste commissies in:
  - de commissie „People to People“;
  - de commissie „Government to Government“;
  - de commissie „Business to Business“ en een
  - INTERREG-commissie.

Bei Bedarf können weitere Ausschüsse gebildet werden.

2. Die Tätigkeitsfelder und Zuständigkeiten der festen Ausschüsse werden von der Versammlung festgelegt. Bei strittigen Abgrenzungsproblemen entscheidet der Vorstand.
3. Die Versammlung bestimmt die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der vier festen Ausschüsse aus der Mitte der weiteren Vorstandsmitglieder (§ 9 Ziffer 1. lit. c). Sie wählt die Vorsitzenden und deren Stellvertreter der bei Bedarf ggf. gebildeten weiteren Ausschüsse. Dabei soll der niederländische Vorsitzende einen deutschen Stellvertreter und der deutsche Vorsitzende einen niederländischen Stellvertreter haben. Die stellvertretenden Vorsitzenden der Ausschüsse vertreten ihren jeweiligen Vorsitzenden im Ausschuss. § 7 Ziffer 11. Satz 3 gilt entsprechend.
4. Jeder Ausschuss besteht aus dem von der Versammlung gewählten Ausschussvorsitzenden und dem stellvertretenden Ausschussvorsitzenden sowie 18 weiteren Mitgliedern:
  - a. auf deutscher Seite bis zu 9 Mitglieder von denen je 1 Vertreter durch den Rhein-Kreis Neuss, die Kreise Kleve und Viersen sowie der Städte Krefeld und Mönchengladbach, 1 gemeinsamer Vertreter der beiden deutschen Kammern und 3 gemeinsame Vertreter der grenzanliegenden Städte und Gemeinden entsandt werden sollen sowie eventuell ein weiteres im gegenseitigen Einvernehmen zu bestimmendes Mitglied;
  - b. auf niederländischer Seite bis zu 9 im gegenseitigen Einvernehmen zwischen den dortigen Mitgliedskörperschaften zu bestimmende Vertreter.

Es sollte möglichst immer die Parität zwischen der Anzahl deutscher und niederländischer Mitglieder gewahrt bleiben.
5. Beratende Mitglieder sind die Provinz Limburg und die Bezirksregierung Düsseldorf. Zusätzlich können weitere beratende Mitglieder von der Versammlung in die Ausschüsse gewählt werden.
6. Der Vorstand benennt die Ausschussmitglieder auf Vorschlag des Vorsitzenden des Ausschusses und im Einvernehmen mit den entsendenden Mitgliedskörperschaften. Die Versammlung bestätigt diese Benennung.
7. Die Beratungsergebnisse der Ausschüsse werden der Versammlung durch den Vorstand zur Beschlussfassung vorgelegt.
8. Nähere Regelungen trifft die Versammlung im Rahmen der Geschäftsordnung.

### § 13 Ad-hoc-Projektgruppen

Die Ausschüsse können ad-hoc-Projektgruppen gründen, die ihnen zuarbeiten.

### § 14 Finanzen / Rechnungsprüfung

1. Von den Mitgliedern werden jährlich Mitglieds-

Desgewenst kunnen meer commissies worden ingesteld.

2. De werkerreinen en bevoegdheden van de vaste commissies worden door de vergadering van het openbaar lichaam bepaald. Bij geschillen omtrent de afbakening van de bevoegdheden is de stem van het bestuur doorslaggevend.
3. De vergadering van het openbaar lichaam benoemt de voorzitters van de vier vaste commissies en hun plaatsvervangers uit het midden van de overige bestuursleden (§ 9, lid 1, punt c). De vergadering van het openbaar lichaam kiest de voorzitters en hun plaatsvervangers van de eventueel aanvullend gevormde commissies. Daarbij dient een Nederlandse voorzitter een Duitse plaatsvervangerte hebben en een Duitse voorzitter een Nederlandse plaatsvervanger. De plaatsvervangende voorzitters van de commissies vertegenwoordigen hun desbetreffende voorzitter in de commissie. Het bepaalde in § 7, lid 11, derde zin is van overeenkomstige toepassing.
4. Elke commissie bestaat uit de door de vergadering van het openbaar lichaam gekozen commissievoorzitter en de plaatsvervangende commissievoorzitter alsmede achttien andere leden:
  - a. aan Duitse zijde ten hoogste negen leden, van wie de Rhein-Kreis Neuss, de Kreise Kleve en Viersen alsmede de gemeenten Krefeld en Mönchengladbach elk één afgevaardigde, de beide Duitse Kamers van Koophandel één gezamenlijke afgevaardigde en de aan de grens gelegen gemeenten in drie gezamenlijke afgevaardigde delegeren alsmede eventueel een in goed overleg aan te wijzen extra lid; en
  - b. aan Nederlandse zijde ten hoogste negen, door de aangesloten Nederlandse bestuurslichamen in goed overleg aan te wijzen afgevaardigden.

De pariteit tussen het aantal Duitse en Nederlandse leden dient voor zover mogelijk steeds gehandhaafd te blijven.

5. Adviserende leden zijn de provincie Limburg en de Bezirksregierung Düsseldorf. Daarnaast kunnen door de vergadering van het openbaar lichaam extra adviserende leden in de commissies worden gekozen.
6. Het bestuur van het openbaar lichaam benoemt de commissieleden op voorstel van de voorzitter van de commissie en in goed overleg met de delegerende aangesloten bestuurslichamen. De vergadering van het openbaar lichaam bevestigt bedoelde benoemingen.
7. De resultaten van beraadslagingen van de commissies worden door het bestuur van het openbaar lichaam ter stemming aan de vergadering van het openbaar lichaam voorgelegd.
8. Nadere bepalingen legt de vergadering van het openbaar lichaam in het reglement vast.

### § 13 Ad-hoc-projectgroepen

De commissies zijn bevoegd ad-hocprojectgroepen in te stellen die hen in hun werk ondersteunen.

### § 14 Financiën / controle van de boeken

1. De leden zijn jaarlijks een

beiträge erhoben. Die Höhe der Mitgliedsbeiträge richtet sich nach der Anzahl der Vertreter, die die jeweilige Mitgliedskörperschaft in die Verbandsversammlung entsendet. Näheres regelt die jährlich aufzustellende Haushaltssatzung. Bis zur Rechtswirksamkeit der zu erlassenden Satzung sind die Beiträge in unveränderter Höhe weiter zu entrichten.

2. Der Haushaltsplan sowie die politische Zielsetzung und Planung des jeweils folgenden Jahres sind bis Ende September des laufenden Jahres vorzulegen. Haushaltsjahr ist das Kalenderjahr.
3. Die Jahresrechnung ist bis zum 31. März des nächsten Jahres vorzulegen.
4. Die Verbandsversammlung beruft aus ihrer Mitte einen Rechnungsprüfungsausschuss. Der Rechnungsprüfungsausschuss besteht aus vier Mitgliedern, von denen zwei Mitglieder niederländische Mitgliedskörperschaften und zwei Mitglieder deutsche Mitgliedskörperschaften vertreten.
5. Der Rechnungsprüfungsausschuss prüft die Jahresrechnung. Er bedient sich dabei eines Rechnungsprüfungsamtes einer deutschen Mitgliedskommune oder eines externen Wirtschaftsprüfers.
6. Die Grundsätze der Haushaltsführung und der Rechnungsführung richten sich nach dem für Zweckverbände geltenden Recht in Nordrhein-Westfalen.

#### § 15 Aufsicht

Aufsichtsbehörde ist gemäß Art. 9 Abs. 3 des in der Präambel genannten Abkommens die Bezirksregierung Düsseldorf.

#### § 16 Öffentliche Bekanntmachungen

Öffentliche Bekanntmachungen erfolgen in den Amtsblättern der Provinz Limburg und der Bezirksregierung Düsseldorf.

#### § 17 Auflösung

1. Die Auflösung des Zweckverbandes kann nur in einer zu diesem Zweck mit einer Frist von zwei Monaten einzuberufenden außerordentlichen Sitzung der Verbandsversammlung mit einer Mehrheit von zwei Drittel der satzungsgemäßen Zahl der Vertreter der öffentlichen Stellen in der Verbandsversammlung beschlossen werden, in der gleichzeitig über die Art der Liquidation entschieden wird.
2. Sofern die Verbandsversammlung nichts anders beschließt, sind die Mitglieder des Vorstands gemeinsam vertretungsberechtigte Liquidatoren. Sie können den Geschäftsführer mit der Durchführung der Liquidation beauftragen.
3. Die Mitglieder des Zweckverbandes sind verpflichtet, entsprechend der Höhe ihrer Mitgliedsbeiträge Liquidationszuschüsse zur Begleichung der Verbindlichkeiten des Zweckverbandes zu leisten, die nach Verwertung seines Vermögens verbleiben. Hierzu zählen auch Verbindlichkeiten, die Dritten dadurch entstehen, dass sie dem Zweckverband Personal zur

lidmaatschapsbijdrage verschuldigd. De hoogte van de ledenbijdrage richt zich naar het aantal vertegenwoordigers van het betreffende bestuurslichaam in de vergadering van het openbaar lichaam. Nadere bepalingen zijn in het jaarlijks op te stellen begrotingsreglement vastgelegd. Totdat de statuten rechtsgeldigheid verkrijgen, blijft de hoogte van de te betalen bijdragen ongewijzigd.

2. De begroting alsmede de beleidsdoelen en -plannen voor het volgende jaar dienen steeds uiterlijk eind september van het lopende jaar overgelegd te worden. Het begrotingsjaar komt overeen met het kalenderjaar.
3. De jaarrekening dient uiterlijk op 31 maart van het volgende jaar overgelegd te worden.
4. De vergadering van het openbaar lichaam benoemt uit haar midden een commissie op de controle van de boeken. De commissie op de controle van de boeken telt vier leden, van wie twee leden aangesloten Nederlandse bestuurslichamen en twee leden aangesloten Duitse bestuurslichamen vertegenwoordigen.
5. De commissie op de controle van de boeken controleert de jaarrekening, waartoe zij gebruik maakt van de accountantsdienst van een aangesloten Duitse gemeente of van een onafhankelijke externe accountant.
6. De beginselen voor begrotingsbeleid en boekhouding worden bepaald door het in Noordrijn-Westfalen voor openbare lichamen neldende recht.

#### § 15 Toezicht

Toezichthouder is overeenkomstig art. 9, lid 3 van het in de considerans genoemde Verdrag de Bezirksregierung Düsseldorf.

#### § 16 Algemene bekendmakingen

Algemene bekendmakingen geschieden in de publicatiebladen van de provincie Limburg en de Bezirksregierung Düsseldorf.

#### § 17 Ontbinding

1. Een besluit tot ontbinding van het openbaar lichaam is slechts mogelijk op een te dien einde met inachtneming van een termijn van twee maanden bijeen te roepen buitengewone vergadering van de vergadering van het openbaar lichaam, waarbij een tweederde meerderheid van de stemmen is vereist van het statutair vereiste aantal afgevaardigden in de vergadering van het openbaar lichaam waarin tevens een besluit over de aard van de liquidatie wordt genomen.
2. Behoudens een andersluidend besluit van de vergadering van het openbaar lichaam zijn de leden van het bestuur gezamenlijk vertegenwoordigingsbevoegde zeverffenaars. Ze zijn bevoegd de directeur met de uitvoering van de liquidatie te belasten.
3. De leden van het openbaar lichaam zijn verglicht bij liquidatie naar rato van hun lidmaatschapsbijdrage bijstortingen te doen ter aanzuivering van de na tegeldemaking van het vermogen van het openbaar lichaam resterende verplichtingen van het openbaar lichaam. Hiertoe behoren tevens verplichtingen die jegens derden bestaan omdat zij aan het openbaar lichaam

Verfügung gestellt haben, das infolge der Liquidation nicht mehr beschäftigt werden kann.

4. Die Mitglieder sind verpflichtet, sich darum zu bemühen, die vorhandenen Bediensteten in ihren Dienst zu übernehmen.

### § 18 Inkrafttreten der Satzung

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung im Amtsblatt der Bezirksregierung Düsseldorf und ihrer Eintragung im provinciaal register der Provinz Limburg in Kraft.

### § 19 Schlussbestimmungen

Sollte eine Bestimmung dieser Satzung ganz oder teilweise rechtlich unwirksam sein oder werden, oder sollte diese Satzung Lücken enthalten, so wird dadurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. An die Stelle der unwirksamen Bestimmung oder zur Ausfüllung der Lücke tritt rückwirkend eine inhaltlich möglichst gleiche Regelung, die dem am Nächsten kommt, was die Mitglieder vereinbaren wollten – oder bei einer Lücke – nach dem Sinn und Zweck dieser Satzung gewollt haben würden, wenn sie diesen Punkt bedacht hätten.

**Anlage** zur Satzung des Zweckverbandes euregio rhein-maas-nord

Mitglieder der Zweckverbandsversammlung:

Der Rhein-Kreis Neuss und der Kreis Viersen sowie die Städte Krefeld und Mönchengladbach entsenden in die Zweckverbandsversammlung je 6 Vertreter. Für den Kreis Kleve sind 5 Vertreter vorgesehen. Die Städte Wassenberg und Wegberg entsenden jeweils 1 Vertreter. Die Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederrhein entsendet 2 und die Niederrheinische Industrie- und Handelskammer 1 Vertreter. Für die grenzanliegenden deutschen Städte und Gemeinden ist je ein Vertreter vorgesehen. Die in der Präambel genannten Gemeinden entsenden insgesamt 36 Vertreter. Die Kamer van Koophandel Limburg entsendet 3 Vertreter.

Im Auftrag  
Buschwa

Abl. Reg. Ddf. 2012 S. 65

personeel ter beschikking hebben gesteld dat als gevolg van de liquidatie niet meer tewerkgesteld kan worden.

4. De leden zijn verplicht zich in te spannen om de bestaande medewerkers in hun organisatie over te nemen.

### § 18 Inwerkingtreding van de statuten

Onderhavige statuten treden in werking op de dag na hun algemene bekendmaking in het publicatieblad van de Bezirksregierung Düsseldorf en hun inschrijving in het provinciaal register van de provincie Limburg.

### § 19 Slotbepalingen

Mocht een bepaling van onderhavige statuten geheel of gedeeltelijk nietig zijn of worden of mochten onderhavige statuten hiaten bevatten, dan laat zulks de geldigheid van de overige bepalingen onverlet. In plaats van de nietige bepaling of ter regeling van het hiaat geldt alsdan terugwerkend een bepaling met een zoveel mogelijk gelijke strekking die datgene het flichtst benadert wat de Jeden – wilden overeenkomen of – in geval van een hiaat – geiet op de intentie en het doel van onderhavige statuten hadden gewild, indien zij zich van bedoelde kwestie bewust waren geweest.

**Bijlage** bij de statuten van het openbaar lichaam euregio rijn-maas-noord

Leden van de vergadering van het openbaar lichaam:

De Rhein-Kreis Neuss en de Kreis Viersen alsmede de gemeenten Krefeld en Mönchengladbach delegeren elk zes afgevaardigden naar de vergadering van het openbaar lichaam. Voor de Kreis Kleve bedraagt het aantal afgevaardigden vijf. De gemeenten Wassenberg en Wegberg delegeren ieder één afgevaardigde. De Industrie- en Handelskammer Mittlerer Niederrhein delegeert twee afgevaardigden en de Niederrheinische Industrie- und Handelskammer één afgevaardigde. Voor elk van de aan de grens gelegen Duitse gemeenten bedraagt het aantal afgevaardigden één. De in de considerans genoemde Nederlandse gemeenten delegeren in totaal zesendertig afgevaardigden. De Kamer van Koophandel Limburg delegeert drie afgevaardigden.

**83** **Genehmigung  
eines Dienstsiegels für den Zweckverband  
Verkehrsverbund Rhein-Ruhr**

Bezirksregierung  
31.01.01-ZV-VRR

Düsseldorf, den 26. Januar 2012

**Urkunde**

Aufgrund § 8 Abs. 1 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.10.1979 (GV. NW. S. 621), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 12.05.2009 (GV. NRW. S. 298) genehmige ich gem. § 14 Abs. 3 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Neufassung vom 17.05.1994 (GV. NW. S. 270/SGV. NW. 2021) zuletzt geändert durch das Gesetz zur Einleitung von Abwahlverfahren von Bürgermeistern und Landräten durch Bürgerbegehren vom 24.05.2011 (GV. NRW. S. 270) in Verbindung mit § 5 der Verordnung über die Führung des Landeswappens vom 16.05.1956 (GV. NW. S. 163/SGV. NW. 113) zuletzt geändert durch VO vom 27.11.1986 (GV. NW. S. 743), dass

**Der Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr,  
Essen**

ein Dienstsiegel, wie in dem beigefügten Entwurf dargestellt, führt.

**Siegelbeschreibung:**

Das kleine Landessiegel in abgewandelter Form

Inschrift

im oberen Halbkreis: Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr

Siegelbild

im unteren Halbkreis: Landeswappen

Im Auftrag

Buschwa

Abl. Reg. Ddf. 2012 S. 76

**84** **Erteilung einer  
Vermessungsgenehmigung  
(Dipl.-Ing. Jörg Spitthöver)**

Bezirksregierung  
31.03.01.08-0576

Düsseldorf, den 27. Januar 2012

Ich habe dem Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur

Dipl.-Ing. Jörg Spitthöver  
Uhlenkrug 45  
45133 Essen

die Genehmigung erteilt, den

Vermessungstechniker Dirk Peters

zur Mitwirkung bei Liegenschaftsvermessungen heranzuziehen (Vermessungsgenehmigung II).

An die  
Kreise und  
kreisfreien Städte  
als Katasterbehörden  
des Regierungsbezirks

Abl. Reg. Ddf. 2012 S. 76

**Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft**

**85** **Behördlicher Bekanntmachungstext  
im Rahmen eines immissionsschutzrechtlichen  
Genehmigungsverfahrens**

Bezirksregierung  
52.03-0991398-0010-525

Düsseldorf, den 9. Februar 2012

**Antrag der Firma H. Kaus in Kleve  
auf Erteilung einer Genehmigung nach § 16 des  
Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG)**

Die Firma H. Kaus, Dinnendahlstr. 22, 47533 Kleve hat mit Antrag vom 08.04.2011, in der Fassung vom 30.09.2011, bei der Bezirksregierung Düsseldorf die Erteilung einer Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) für die Änderung einer Anlage zur Demontage von Transformatoren beantragt. Die Anlage befindet sich auf dem Grundstück Böskenstr. 30 in 46562 Voerde, Gemarkung Spellen, Flur 30, Flurstück 63. Es werden ausschließlich PCB-freie Transformatoren in der Anlage gehandhabt. Das Änderungsvorhaben umfasst die Zwischenlagerung von ölgefüllten Kleintransformatoren und restentleerten Großtransformatoren in zusätzlichen Auffangwannen, die Öl- und Restölentleerung von Transformatoren, die Erhöhung der Durchsatzleistung von 800 t/a auf 2.000 t/a, die Änderung der Betriebszeiten, die Erweiterung der Anlieferungsart um LKW-Anlieferungen und Schwertransporte, die Untersuchung von Transformatoren, sowie die Änderung von Inhalts- und Nebenbestimmungen der bisherigen Genehmigung. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens soll festgestellt werden, ob die gesetzlichen Genehmigungsvoraussetzungen gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 1 und 2 in Verbindung mit § 5 BImSchG für die Zulassung des geplanten Vorhabens vorliegen.

Das Vorhaben wird hiermit gemäß § 10 Abs. 3 und 4 BImSchG öffentlich bekannt gemacht.

Der Antrag sowie die dazugehörigen Antragsunterlagen liegen in der Zeit vom **17.02.2012** bis **19.03.2012** an folgender Stelle zur Einsichtnahme aus:

1. Bezirksregierung Düsseldorf, Dienstgebäude  
Am Bonnhof 35, 40474 Düsseldorf,  
Herr Böhm, Raum Bo-6043  
Montag bis Donnerstag von 09:00 bis 16:00 Uhr  
Freitag von 09:00 bis 14:00 Uhr
2. Stadt Voerde, Rathausplatz 20, 46562 Voerde,  
Bürgerbüro, Raum 040  
Montag und Dienstag von 07:30 bis 17:00 Uhr  
Mittwoch von 07:30 bis 14:00 Uhr  
Donnerstag von 07:30 bis 18:00 Uhr

Freitag von 07:30 bis 12:30 Uhr  
 Samstag von 11:00 bis 13:00 Uhr

Ich fordere hiermit auf, etwaige erörterungsfähige Einwendungen gegen das Vorhaben innerhalb der Einwendungsfrist vom

**17.02.2012 bis 02.04.2012**

schriftlich vorzubringen.

Die Einwendungen können innerhalb der Einwendungsfrist an den Auslegungsorten abgegeben, bzw. der Genehmigungsbehörde zugesendet werden.

Zuständige Genehmigungsbehörde ist die Bezirksregierung Düsseldorf. Die Einwendungen, auch wenn sie an den Auslegungsorten abgegeben werden, sind an die Bezirksregierung Düsseldorf zu adressieren.

Eine Einwendung in elektronischer Form ist, soweit sie die Voraussetzungen des § 3a Abs. 2 VwVfG erfüllt, zulässig.

Gemäß § 3a Abs. 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen NRW (VwVfG NRW) sind Einwendungen, die per E-Mail erhoben werden, nur zulässig, wenn sie mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach § 2 Nr. 3 des Signaturgesetzes versehen sind. Eine Signierung mit einem Pseudonym ist nicht zulässig. Die Bezirksregierung Düsseldorf hat hierzu eine elektronische Zugangsmöglichkeit über ein elektronisches Gerichts- und Verwaltungspostfach eröffnet. Wegen der diesbezüglichen Zugangsvoraussetzungen wird auf die Internetveröffentlichung auf der Homepage der Bezirksregierung Düsseldorf unter [www.brd.nrw.de/wirueberuns/EGVP.html](http://www.brd.nrw.de/wirueberuns/EGVP.html) verwiesen.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Erhebung einer Einwendung durch „einfache“ Email nicht der erforderlichen Form genügt und auch keine Berücksichtigung finden kann.

Mit Ablauf der hier genannten Einwendungsfrist werden alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Einwendungen, die auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, werden auf den Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten verwiesen (§ 10 Abs. 3 BImSchG).

Die Einwendungen müssen neben dem Vor- und Zunamen auch die volle Anschrift der Einwender/-innen in leserlicher Schrift enthalten und sind vom Einwender/von der Einwenderin zu unterschreiben. Einwendungen, die unleserliche Namen oder Anschriften aufweisen, bleiben unberücksichtigt.

Darüber hinaus werden auch nur solche Einwendungen Berücksichtigung finden, die erkennen lassen, in welcher Hinsicht Bedenken gegen dieses Vorhaben bestehen und in welcher Hinsicht diese Belange von der Genehmigungsbehörde in die Prüfung des Vorhabens einbezogen werden sollen. Nachbareinwendungen müssen darüber hinaus zumindest das als gefährdet angesehene Rechtsgut (z.B. Leib, Leben und Gesundheit oder Eigentum) erkennen lassen.

Bei Einwendungen, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftslisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleich lautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Einwendungen), gilt derjenige Unterzeichner als Vertreter der übrigen Unterzeichner, der darin mit seinem Namen, seinem Beruf und seiner Anschrift als Vertreter bezeichnet

ist, soweit er nicht von ihnen als Bevollmächtigter bestellt worden ist. Vertreter kann nur eine natürliche Person sein. Gleichförmige Einwendungen, die die oben genannten Angaben nicht deutlich sichtbar auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten, können unberücksichtigt bleiben. Gleiches gilt, wenn der Vertreter keine natürliche Person ist.

Die Einwendungen werden der Antragstellerin und ggf. den nach § 11 der 9. BImSchV betroffenen Behörden bekanntgegeben. Jedoch werden auf Verlangen von Personen, die Einwendungen erhoben haben (Einwender), deren Namen und Anschrift vor der Weitergabe unkenntlich gemacht, soweit diese Angaben nicht zur Beurteilung des Inhaltes der Einwendung bzw. zur ordnungsgemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens erforderlich sind.

Der Termin für den Beginn der Erörterung der Einwendungen mit der Antragstellerin und den Einwendern (Erörterungstermin) wird bestimmt auf den

**25.04.2012, 10:00 Uhr.**

Die Erörterung findet im Gasthof Hinnemann, Bahnhofstr. 88 in 46562 Voerde statt.

Zu diesem Termin wird nicht gesondert eingeladen. Die Durchführung des Erörterungstermins ist eine Ermessensentscheidung nach § 10 Abs. 6 BImSchG, sind keine Einwendungen zu erörtern, oder liegen sonstige Gründe gemäß § 16 der 9. BImSchV vor, findet der Termin nicht statt. Im Falle einer Absage des Termins wird dies öffentlich bekannt gemacht.

Kann die Erörterung nach Beginn des Termins an dem festgesetzten Tag nicht abgeschlossen werden, so wird sie unterbrochen und am nächstmöglichen Termin fortgesetzt. Der Termin für die Fortsetzung der Erörterung wird jeweils bei Unterbrechung der Erörterung an dem Tag, an dem diese nicht abgeschlossen werden kann, den Teilnehmern mitgeteilt. Eine gesonderte Bekanntmachung erfolgt nicht.

Die durch die Teilnahme an dem Erörterungstermin entstehenden Kosten werden nicht erstattet.

Es wird darauf hingewiesen, dass fristgerecht erhobene Einwendungen auch bei Ausbleiben der Antragstellerin oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden können.

Die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen an die Personen, die Einwendungen erhoben haben, kann gemäß § 10 Abs. 8 BImSchG durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Postanschrift der Bezirksregierung Düsseldorf:

Bezirksregierung Düsseldorf  
 Dezernat 52  
 Cecilienallee 2  
 40474 Düsseldorf

Im Auftrag  
 Böhm

**86 Bekanntgabe nach § 3 a UVPG  
über die Feststellung der UVP-Pflicht für  
ein Vorhaben der Currenta GmbH & Co. OHG  
– wesentliche Änderung des Kraftwerks N230  
im Chempark Krefeld**

Bezirksregierung  
53.01-100-53.0156/10/0101.1

Düsseldorf, den 2. Februar 2012

Die Currenta GmbH & Co. OHG, 47829 Krefeld hat mit Datum vom 18.11.2010 einen Antrag nach § 16 Abs. 1 BImSchG zur wesentlichen Änderung des Kraftwerks N230 im Chempark Krefeld-Uerdingen, Rheinuferstraße 7–9, 47829 Krefeld gestellt. Gegenstand des Änderungsantrags ist im Wesentlichen die Mitverbrennung von Ersatzbrennstoffen (EBS) mit dem Abfallschlüssel 19 12 10 im Kessel 2 des Kraftwerks sowie die Änderung der Zuordnungs- und Heizwerte für die bereits in den Kesseln 1 und 2 mitverbrannten produktionsspezifischen Abfälle. Für den EBS ist eine maximale Mitverbrennungsmenge von 2 t/h bzw. 16.000 t/a beantragt. Eine Erhöhung der genehmigten Feuerungswärmeleistung ist hiermit nicht verbunden.

Das Vorhaben bedarf nach § 3 e Abs. 1 Ziffer 2 in Verbindung mit § 3 c Abs. 1 UVPG einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht. Im vorliegenden Fall hat diese Prüfung ergeben, dass nicht mit erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt zu rechnen ist. Gemäß § 3 a Satz 1 UVPG stelle ich daher fest, dass für das beantragte Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Die Feststellung ist gemäß § 3 a Satz 3 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Im Auftrag  
gez. Thaler

Abl. Reg. Ddf. 2012 S. 78

**87 Bekanntgabe nach § 3 a UVPG  
über die Feststellung der UVP-Pflicht für ein  
Vorhaben der Johnson Matthey Chemicals GmbH  
in Oberhausen**

Bezirksregierung  
53.01-100-53.0015/11/0401P1

Düsseldorf, den 1. Februar 2012

**Antrag der Johnson Matthey Chemicals GmbH  
auf Genehmigung nach § 16 Bundes-Immissions-  
schutzgesetz (BImSchG) zur wesentlichen  
Änderung der Katalysator-Betrieb**

Die Johnson Matthey Chemicals GmbH hat mit Datum vom 15.12.2010, ergänzt am 14.09.2011, einen Antrag auf Genehmigung nach § 16 BImSchG zur wesentlichen Änderung der Katalysator-Betrieb durch Erweiterung der Betriebseinheit Extrusion auf dem Standort Otto-Roelen-Str. 3 in 46147 Oberhausen gestellt. Antragsgegenstand ist die Errichtung und Betrieb einer neuen Trockneranlage mit allen Übergabestellen und Nebeneinrichtungen

1. Änderung der Betriebsweise der Betriebseinheit Extrusion:

- a) Erweiterung der Betriebszeiten aller Anlagenteile und Einrichtungen auf 24 h/d und 365 d/a.
- b) Einsatz aller, auch jetzt schon im Katalysator-Betrieb hergestellten Katalysatorenzwischenprodukte als Feinkorn und Grünkorn sowie als kalziniertes Grünkorn in allen Anlagenteilen und Einrichtungen.
- c) durch die Erweiterung der Extrusionslinie Erhöhung der zur Zeit genehmigten Kapazität von Extrudat:

- bei kalziniertem Trägermaterial auf der Basis  $Al_2O_3$  und
- bei extrudiertes bzw. kalziniertes Katalysatorenintermediat zur Weiterverarbeitung in den produktspezifisch jeweils zutreffenden Sektoren.

2. Änderung von technischen Einrichtungen bzw. Errichtung und Betrieb zusätzlicher Einrichtungen bei der Extrusion:

- a) Anpassung von Materialaufgaben und Materialzuführungen für den wahlweise Einsatz von Katalysatorenintermediaten nach Nr. 2 b) bzw. von Trägermaterial durch Anpassung der Rohrleitungen und Dosiereinrichtungen vor der Extrusion

- Zuführung von Katalysatorenintermediaten aus der Konfektionierung zur Extrusion, Änderung der Zuführung zur Aufgabe Extruder.

- b) Errichtung und Betrieb eines Feinstaubfilters (nach dem Abgasaustrag Kalzinier und vor dem Abgaswärmetauscher zur Abluft).

Gemäß § 3 e Abs. 1 Ziffer 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in Verbindung mit Ziffer 4.1 Spalte 1 der Anlage 1 zum UVPG und in Verbindung mit § 3 c Abs. 1 UVPG ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen, wenn das Vorhaben nach Einschätzung der zuständigen Behörde aufgrund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 2 zum UVPG aufgeführten Kriterien erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann, die nach § 12 UVPG zu berücksichtigen wären.

Im vorliegenden Fall hat die allgemeine Vorprüfung im Einzelfall ergeben, dass erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen durch das beantragte Vorhaben nicht zu erwarten sind. Gemäß § 3 a Satz 1 UVPG stelle ich daher fest, dass für das beantragte Vorhaben eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nicht besteht.

Die Feststellung ist gemäß § 3 a Satz 3 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Im Auftrag  
Heyer

Abl. Reg. Ddf. 2012 S. 78

## Arbeitsschutz

### 88 **Allgemeinverfügung der Bezirksregierung Düsseldorf gemäß § 35 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen – Abnahmeprüfung dentale Röntgentubuseinrichtungen**

Bezirksregierung  
55.3-8334.3-Ra

Düsseldorf, den 31. Januar 2012

Nach § 33 Abs. 6 Nr. 2 Röntgenverordnung (RöV) wird den Strahlenschutzverantwortlichen für den Betrieb von dentalen Röntgentubuseinrichtungen im Zuständigkeitsbereich der Bezirksregierung Düsseldorf folgendes gestattet:

Abweichend von § 16 Abs. 2 Satz 2 RöV darf die Abnahmeprüfung (Teilabnahmeprüfung) nach einer Änderung der Einrichtung oder ihres Betriebes, welche die Bildqualität oder die Höhe der Strahlenexposition nicht nachteilig beeinflusst, auch durch andere Personen als den Hersteller oder Lieferanten erfolgen.

Dies betrifft folgende Maßnahmen:

1. Ersatz des bisherigen Röntgenfilms bei einer dentalen Röntgentubuseinrichtung durch einen Röntgenfilm mit höherer Empfindlichkeit,
2. den Austausch des Prüfkörpers oder
3. den typengleichen Austausch des Filmentwicklungsgerätes.

Diese Gestattung wird mit folgenden Auflagen verbunden:

1. Die entsprechende Abnahmeprüfung (Teilabnahmeprüfung) darf nur nach den in einem abgestimmten Regelwerk festgelegten Prüfbedingungen (Qualitätssicherungs-Richtlinie nach § 16 RöV, DIN- oder EN-Norm oder Rundschreiben des BMU) erfolgen.
2. Die Durchführung der Abnahmeprüfung (Teilabnahmeprüfung) muss durch
  - a. den fachkundigen Strahlenschutzverantwortlichen,
  - b. den bestellten Strahlenschutzbeauftragten,
  - c. durch Personen mit bescheinigten Kenntnissen im Strahlenschutz unter unmittelbarer Aufsicht des fachkundigen Strahlenschutzverantwortlichen oder des bestellten Strahlenschutzbeauftragten oder
  - d. durch ein Unternehmen nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 erfolgen.

Begründung:

Bestimmte Änderungen von Röntgeneinrichtungen oder ihres Betriebes beeinflussen weder die Bildqualität oder die Höhe der Strahlenexposition negativ noch sind sie so komplex, dass die notwendige Prüfung im Rahmen der Qualitätssicherung nur durch den Hersteller oder Lieferanten erfolgen könnte. Zu diesen Maßnahmen gehören der Ersatz des bisherigen Röntgenfilms bei einer dentalen Röntgentubuseinrichtung durch einen Röntgenfilm mit höherer Empfindlichkeit, der Austausch des Prüfkörpers oder der typengleiche Austausch des Filmentwicklungsgerätes. Daher konnte diese Abweichung von § 16 Abs. 2 Satz 2 RöV gestattet werden. Diese Gestattung regelt nur die beschriebenen Einzelfälle bei dentalen Röntgentubuseinrichtungen. Änderungen, die sich

nachteilig auf die Bildqualität oder die Höhe der Strahlenexposition bei dentalen Röntgentubuseinrichtungen auswirken könnten bzw. auswirken oder Änderungen an anderen Röntgeneinrichtungen werden durch diese Gestattung nicht erfasst.

Diese Allgemeinverfügung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft und ist unbefristet.

Im Auftrag  
Jan Rangel Stehr

Abl. Reg. Ddf. 2012 S. 79

## C. Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen

### 89 **Verlust eines Dienstausweises** (Jörg Blankenstein)

Polizeipräsidium Düsseldorf  
26.04.01/DA

Düsseldorf, den 24. Januar 2012

Der Dienstausweis Nr. 0320978, ausgestellt für Jörg Blankenstein ist in Verlust geraten. Der Dienstausweis wird hiermit für ungültig erklärt.

Abl. Reg. Ddf. 2012 S. 79

### 90 **Ungültigkeitserklärung eines Polizei-Dienstausweises** (KHK Axel Hilgert)

Polizeipräsidium Oberhausen  
ZA 2.1 – 26.00.07 –

Oberhausen, den 23. Januar 2012

Der Polizeidienstausweis Nr. 0322881 am 14.08.2003 vom LZPD NRW ausgestellt für den Kriminalhauptkommissar Axel Hilgert ist in Verlust geraten. Der Polizeidienstausweis wird hiermit für ungültig erklärt.

Abl. Reg. Ddf. 2012 S. 79

### 91 **Verlust eines Polizei-Dienstausweises** (Timo van de Löcht)

Der Landrat als Kreispolizeibehörde Wesel  
ZA 2.1 – 58.02.09

Wesel, den 23. Januar 2012

Der vom LZPD NRW ausgestellte Polizeidienstausweis Nr. 0201248 für Herrn Polizeihauptmeister Timo van de Löcht, KPB Wesel, ist in Verlust geraten. Der Ausweis wird hiermit für ungültig erklärt.

Abl. Reg. Ddf. 2012 S. 79

**92                    Ungültigkeitserklärung  
                         eines Dienstausweises**  
(Jost Herominczak)

Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste  
Nordrhein-Westfalen  
ZA 1.1 – 26.03.02

Duisburg, den 25. Januar 2012

Der Dienstausweis mit der Nr.: 1062712, ausgehändigt von den Zentralen Polizeitechnischen Diensten NRW (heute: Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste NRW) an Herrn Jost Herominczak, geboren am 03.05.1968, Personal-Nr.: K613303970, wurde dem Regierungsbeschäftigten zusammen mit seiner Geldbörse und seinen Ausweispapieren gestohlen. Der Polizeidienstausweis wird hiermit für ungültig erklärt.

Abl. Reg. Ddf. 2012 S. 80

**93                    Verlust eines Dienstausweises**  
(Josefin Kraemer)

Polizeipräsidium Düsseldorf  
26.04.01/ DA

Düsseldorf, den 25. Januar 2012

Der Dienstausweis Nr. 0957516, ausgestellt für Josefin Kraemer ist in Verlust geraten. Der Dienstausweis wird hiermit für ungültig erklärt.

Abl. Reg. Ddf. 2012 S. 80





Veröffentlichungsersuche für das Amtsblatt und den Öffentlichen Anzeiger – Beilage zum Amtsblatt – sind nur an die Bezirksregierung Düsseldorf – Amtsblattstelle – Cecilienallee 2, 40474 Düsseldorf, zu richten.

Das Amtsblatt mit dem Öffentlichen Anzeiger erscheint wöchentlich.

**Redaktionsschluss:** Freitag, 10.00 Uhr

Laufender Bezug nur im Abonnement. Abonnementsbestellungen und -abbestellungen können für den folgenden Abonnementszeitraum – 1. 1. bis 30. 6. und 1. 7. bis 31. 12. – nur berücksichtigt werden, wenn sie spätestens am 30. November bzw. 31. Mai der ABO-Verwaltung von A. Bagel, Grafenberger Allee 82, 40237 Düsseldorf, Fax (02 11) 96 82/229, Telefon (02 11) 9 68 22 41, vorliegen.

Bei jedem Schriftwechsel die auf dem Adressenetikett in der Mitte obenstehende sechsstelligen Kundennummer angeben, bei Adressenänderung das Adressenetikett mit richtiger Adresse an die ABO-Verwaltung von A. Bagel zurücksenden.

Bezugspreis: Der Bezugspreis beträgt halbjährlich 12,- Euro und wird im Namen und für Rechnung der Bezirksregierung von A. Bagel im Voraus erhoben.

Einrückungsgebühren für die 2spaltige Zeile oder deren Raum 0,92 Euro.

Einzelpreis dieser Ausgabe 1,60 Euro zzgl. Versandkosten.

**In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.**

Einzelstücke werden durch A. Bagel, Grafenberger Allee 82, 40237 Düsseldorf,

Fax (02 11) 96 82/2 29, Telefon (02 11) 9 68 22 41, geliefert. Von Vorabsendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur auf Grund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung.

Herausgeber: Bezirksregierung Düsseldorf, Cecilienallee 2, 40474 Düsseldorf

Internet: [www.bezreg-duesseldorf.nrw.de](http://www.bezreg-duesseldorf.nrw.de)

Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel, Grafenberger Allee 82, 40237 Düsseldorf

Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach